

# 1 Einführung

Politische Parteien benötigen Führung, die ihre jeweiligen Parteimitglieder eher qualitativ als mechanisch repräsentiert, um sich als integrations- und handlungsfähige kollektive Akteure im Parteienwettbewerb auf dem Wählermarkt durchzusetzen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Präsidentialisierung der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie zur „*Leader Democracy*“ (Verzichelli 2011: 1410) haben die Parteiführer<sup>1</sup> nicht nur größere Handlungsspielräume bei den politischen Entscheidungsfindungen in den innerparteilichen *Policy*-Prozessen, sondern sie üben auch starken Einfluss auf die öffentliche Meinung aus, zumal sie in den immer stärker personalisierten Wahlkämpfen eine wichtige Rolle spielen, um die Wähler, die weniger mit Partei als mit Kandidaten identifiziert sind, an sich zu binden (Marsh 1993a, Poguntke und Webb 2005a; Blondel et al. 2010). Angesichts dieser offensichtlichen Relevanz der Parteiführer gehört deren Auswahl zu den wichtigsten Entscheidungen, die von politischen Parteien nach demokratischen Methoden getroffen werden können, weil sie die Parteiführer zwar „nicht entbehren, sie aber wechseln können“ (Michels 1989: 179). Welche Kandidaten nach welchen Selektionsprozeduren zum Parteiführer gekürt

---

1 Es existiert keine einheitliche Nomenklatur zur Bezeichnung der höchsten Leitungsstelle in politischen Parteien. In der Bundesrepublik Deutschland heißt sie „Parteivorsitzende(r)“. Einem namentlich gleichbedeutenden „*Party Chairman*“ steht in keiner britischen Partei die Leitung der ganzen Partei zur Verfügung. Stattdessen spielt er die vergleichbare Rolle wie der Generalsekretär in den deutschen Parteien, der für die Leitung der Parteifunktionäre zuständig ist. Zur Nominierung der Parteileitungsträger wird in der englischsprachigen Literatur meistens „*Leader*“ und „*Leadership*“ gebraucht. Aber einen konstanten einheitlichen Titel „*Leader of Party*“ können nicht alle Parteien in all ihren Entwicklungsphasen aufweisen. Beispielsweise gab es bei der *Labour Party* bis 1980 keinen „*Leader of Party*“, sondern nur einen „*Leader of Parliamentary Labour Party*“, der aber in der Tat die ganze Partei nach außen vertrat. Es ist für die politikwissenschaftliche Forschung von wesentlicher Bedeutung, eine allgemeine Terminologie jenseits der zeitlichen und parteispezifischen Unterschiede festzulegen. In der vorliegenden Dissertation wird daher das Wort „Parteiführer“ benutzt, um die Analysen der betroffenen Führungspositionen bzw. -persönlichkeiten von den unterschiedlichen Parteien vergleichbar zu machen. Unverkennbar ist „Führer“ heute in der deutschen Sprachenwelt ein pejorativ besetzter Begriff, der mit der totalitaristischen Herrschaft der NSDAP unter der Führerdiktatur Hitlers in der Zeit Dritten Reichs fest gebunden ist. Das zusammengesetzte Wort „Parteiführer“ ist dagegen ein neutraler Begriff, mit dem das Parteimitglied mit der höchsten Führungsautorität in seiner Partei nach innen und nach außen bezeichnet wird.

werden, führt nicht nur zu konkreten Parteiführerwechseln in den Parteien und deutet nicht nur ihr künftiges Wettbewerbspotenzial in der Parteienkonkurrenz an. Vielmehr spiegeln noch die Selektionsmuster der Parteiführerauswahl und die betroffenen Regeländerungen die Inklusivität der Mitgliederpartizipation an der Parteiführerauswahl wider. Dieses Buch versucht in diesem Sinne die institutionellen Wandlungen der Parteiführerauswahlssysteme politischer Parteien in der Perspektive innerparteilicher Demokratie zu untersuchen.

## 1.1 Der aktuelle Forschungsstand zur Parteiführerauswahl

Die Thematik der Parteiführerauswahl erregte im Gegensatz zur öffentlichen Aufmerksamkeit, die sie im Rahmen des politischen Journalismus auf sich zieht, bislang wenig akademisches Interesse in der Politikwissenschaft (Stewart und Clarke 1992: 447). Unter den zahlreichen Monografien und Aufsätzen zur Parteienforschung sind nur unzureichende Forschungsergebnisse verfügbar (Punett 1992: 3; Heppell 2010: 195). Zum Beispiel nahm die erste Monografie der Parteiführerwahl Bezug auf die Delegiertenwahl der kanadischen Parteien, die Anfang des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde, mit skizzenhaftem Vergleich zu den Parteien in Großbritannien und der USA (Courtney 1973). Des weiteren eine Fallstudie als Aufsatz über die Delegiertenwahl der kanadischen *Conservative Party* im Jahr 1976 (Krause und LeDuc 1979).

Erst in den letzten Jahren begannen Politikwissenschaftler, vor allem aus Großbritannien, Kanada und Irland, sich zunehmend für die Parteiführerauswahl zu interessieren. Ein Grund dafür ist wohl, dass in diesen Ländern dramatische Reformen des Parteiführerwahlsystems durch die Erweiterung der Mitgliederpartizipation unternommen worden sind (Cross und Blais 2012). Insbesondere wurden im Falle Großbritanniens alle Parteiführerwechsel und entsprechenden Reformen der Auswahlmethoden in den jeweiligen Parteien von Parteibeobachtern in detaillierten Aufsätzen ausführlich analysiert (Drucker 1984; Alderman und Carter 1991, 1993, 1994, 1995; Alderman 1996, 1998, 1999; Bogdanor 1994; North 1990; Norton 1998; Denham und Dorey 2006a, 2006b). Zudem wurden Monografien und Aufsätze veröffentlicht, die sich mit den langfristigen Wandlungsprozessen in einer (Quinn 2004b; Denham und O'Hara 2008; Heppell 2008, 2010) oder in mehreren britischen Parteien (Punett 1992, Stark 1996; Quinn 2004a, 2005) in historischer Perspektive deskriptiv oder analytisch beschäftigen. Aber mit wenigen Ausnahmen (Stark 1996; Quinn 2004a, 2005) finden in den meisten Werken kaum theoretische Auseinandersetzungen jenseits konkreten politischen Details statt. Weitere Monografien und Aufsätze beschäftigen sich mit der Parteiführerauswahl in einzelnen Ländern wie Kanada (Courtney 1995,

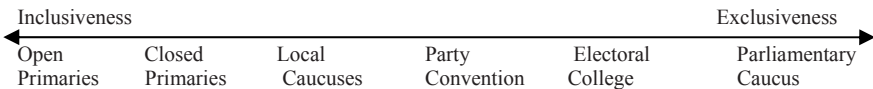
Cross 1996, Carty und Blake 1999, Stewart und Carty 2002), Irland (Marsh 1993b, Fitzgerald, Kennedy und Lyons 2004), Belgien (Winter 1993, Waunter 2010), Österreich (Müller und Meth-Cohn 1991), Israel (Yanai 1981, Hazan 1997) und Australien (Byander und Hart 2007).

Ein besonderes Desiderat bildet die geringe Anzahl von länderübergreifenden vergleichenden Monografien zur Parteiführerauswahl. Einige der oben aufgelisteten Werke nehmen eingeschränkten Bezug auf die internationale Perspektive (Punett 1992; Countney 1973, 1995). Erst 1993 wurde ein Sonderheft des *European Journal of Political Research* (EJPR) zur Parteiführerauswahl in sechs europäischen Staaten anhand der Rollen, Funktionen und Selektionsprozesse von Parteiführern in den jeweiligen beobachteten Länder herausgegeben (Marsch 1993a). Die Monografie von Davis (1998), in der die Parteiführerauswahl in sechs Ländern verglichen wird, ist wie das Sonderheft des EJPR aus dem Jahr 1993 eher eine Zusammenstellung von separaten historischen Berichten zu unbegründet ausgewählten Ländern als eine länderübergreifende Analyse, die einem theoretischen analytischen Rahmenwerk erfolgt. Im Kontrast dazu wurden in letzten Jahren einige Aufsätze über die Parteiführerauswahl in mehreren Ländern in der vergleichenden Perspektive veröffentlicht. Darunter bietet LeDuc (2001) einen systematischeren Vergleich zwischen Großbritannien, den USA und Kanada. Cross und Blais (2012) vergleichen einerseits die Parteiführerauswahl in Großbritannien, Irland und Kanada als Reformländer und andererseits die in Neuseeland und Australien als Länder mit weniger Reform. In zwei Aufsätzen untersucht Kenig (2009a, 2009b) jeweils elf und siebzehn Länder der westlichen Demokratien.

Die Analyse der bisherigen Literatur zum Thema der Parteiführerauswahl zeigt, dass die meisten Forschungsarbeiten eher deskriptiv sind. Dagegen existiert nur wenig theoriebildende Literatur, die Hypothesen entwickelt und diese an empirischen Fakten überprüft. In diesem Korpus der theoriebildenden Literatur existieren zwei Richtungen. Eine Richtung beschäftigt sich mit den Auswirkungen konkreter Selektionsregeln. Pioniere wie Punett (1992: 163) und Stark (1996: 131) vertreten die Ansicht, dass die bestqualifizierten Persönlichkeiten ungeachtet der Selektionsmethode zu Parteiführern rekrutiert werden können. Dagegen argumentieren andere Parteienforscher, dass die Einführung der mehr inklusiven Selektionsmethoden sowohl geplante als auch ungeplante Auswirkungen zur Folge haben könne (LeDuc 2001). Oder in den Worten von McSweeney (1999): „*Changing the rules change the game*“. Eine andere Richtung strebt danach, die Selektionsmethoden nach dem Kriterium der Inklusivität (*inclusiveness*) der Beteiligten an der Parteiführerauswahl in unterschiedliche Typologien einzuordnen. Cross und Blais (2012) verfolgen in ihrer vergleichenden Studie eine dreifache Typologie nach dem Beteiligungsgrad der Wählerschaft: Die Parteimitglie-

der haben entweder Vollautorität, eingeschränkte Autorität bei der Parteiführerauswahl oder spielen dabei gar keine Rolle. LeDuc (2001) entwickelt ein Kontinuum zwischen Inklusivität und Exklusivität, auf dem jedes Selektionsmuster der Parteiführerauswahl in seiner empirischen Studie eingeordnet wird (siehe Abbildung 1.1). Ein ähnliches Kontinuum der Inklusivität wird von Kenig (2009a) in einer verfeinerten dreidimensionalen Klassifikation der Selektionsmethoden verwendet. Die Positionierung der Mitgliederpartizipation auf diesem Kontinuum wird nicht nur im Bereich der Wählerschaft (*selectorate*) sondern auch der Kandidatur (*candidate*) und den Abwahlmechanismus (*de-selecting mechanism*) durchgeführt.

Abbildung 1.1 Die Wählerschaft der Parteiführerauswahl



Quelle: LeDuc 2001: 325.

Ein gemeinsamer Mangel dieser knappen theoretischen Auseinandersetzungen liegt aber darin, dass sie die Entwicklung der Parteiführerauswahl in den untersuchten Parteien nicht aus der Perspektive der dynamischen Demokratisierung betrachten, selbst wenn sie die Änderungen der Selektionsregeln im weiteren Sinne als parteiinterne Demokratisierungsreformen anerkennen. Demzufolge werden die Selektionsmuster auf dem Kontinuum der Inklusivität lediglich statisch positioniert und klassifiziert, ohne die ein- oder dreidimensionalen dynamischen Wandlungen der Parteiführerauswahl als Demokratisierungsprozess genauer zu begründen. Auch deshalb werden die differenzierten Auswirkungen der Selektionsregeln nicht auf die differenzierte Demokratisierungsperformanz zurückgeführt.

Diese Forschungslücke geht im Wesentlichen darauf zurück, dass „*the vital role of leadership is frequently acknowledged, nonetheless it obtains only a negligible status within the theory of democracy*“ (Sartori 1987: 171). Denn die *Leadership*<sup>2</sup> hängt eher mit elitären Persönlichkeiten zusammen und scheint mit dem klassischen Gedanken demokratischer Massenpartizipation nicht im Ein-

2 „*Leadership*“ bedeutet nach der Definition von Blondel (1987: 321) „*the power of one or a few individuals to induce a group to adopt a particular line of policy*“. In diesem Buch wird diese Nomenklatur im engeren Sinne verwendet, hauptsächlich um Führungskraft, Führungsposition sowie Führungsstil der Parteiführer in unterschiedlichen Kontexten anzudeuten. Die führenden Parteipolitiker auf den Sub-Ebenen der politischen Parteien, die nach der modernen „*Leadership*“-Forschung auch über Führungsressourcen im weiteren Sinne verfügen, werden hierzulande nicht mit „*Leadership*“ beschrieben und analysiert.

klang zu stehen. Außerdem sind in der traditionellen Parteilorschung die Notwendigkeit und die hinreichende Existenz innerparteilicher Demokratie nicht unumstritten. Bevor auf die konkrete Forschungsfrage über die innerparteiliche Demokratisierung der Parteilührerauswahl eingegangen wird, ist es deshalb nötig, sich zuerst mit der Kritik an dem Untersuchungswert innerparteilicher Demokratie auseinanderzusetzen.

## 1.2 Innerparteiliche Demokratie – ein lohnender Untersuchungsgegenstand?

Historisch betrachtet sind die theoretischen und empirischen Auseinandersetzungen mit dem Thema „Innerparteiliche Demokratie“ nicht neu. Von den großen Vorläufern der Parteienforschung wurde bereits die antidemokratische Binnenstruktur mit dem „ehernen Gesetz der Oligarchie“ als tragisches Schicksal der modernen Massenparteien verurteilt (Ostrogorski 1982, Michels 1989). Viele Parteilorscher der späteren Generationen - insbesondere die in den angloamerikanischen Ländern - erkennen zwar Michels Gesetz der Oligarchie mit unterschiedlichen Vorbehalten an. Sie weisen aber seine pessimistische Vorhersage über die hoffnungslose Machbarkeit der Parteidemokratie mit einem Gegenschluss zurück, dass politische Parteien sich zwar oligarchisch bzw. elitär verwalten, dass sie aber innerparteiliche Demokratie nicht als Voraussetzung des demokratischen Staates einhalten müssen (Schattschneider 1942, Duverger 1959, McKenzie 1963, Panebianco 1988). Anders gesagt: Innerparteiliche Demokratie sei keine notwendige Bedingung für die Verwirklichung der gesamtstaatlichen Demokratie. Stattdessen gehöre die Entwicklung der politischen Parteien zur oligarchischen Hierarchie zum unentbehrlichen Bestandteil der kapitalistischen „Bürokratisierung“ (Weber 1988: 324), die den Rationalisierungsprozess der modernen Gesellschaft kennzeichne. Demzufolge sei innerparteiliche Demokratie weder operationalisierbar noch brauchbar. Hingegen reiche zwischenparteiliche Demokratie<sup>3</sup> aus, um ein demokratisches Gesamtsystem effektiv und effizient sicherzustellen. Dabei bestehe ein „*trade off*“ zwischen innerparteilicher Demokratie und zwischenparteilicher Demokratie (Scarow, Webb und Farrell 2000: 130): Die grundlegenden Werte der Demokratie wie inklusive Partizipation, Wettbewerb und Repräsentativität können nicht gleichzeitig maximiert werden. Vielmehr stehen sie im nonlinearen bzw. negativen Verhältnis zueinander (Rahat, Hazan und Katz 2008: 676).

---

3 „Zwischenparteiliche Demokratie“ ist eine wortgetreue Übersetzung des englischen Ausdrucks „Inter-Party Democracy“ und dient als Kontrast zum Begriff „Intra-Party Democracy“ (innerparteiliche Demokratie). Inhaltlich wird sie in diesem Buch als Synonym von „parlamentarische Parteidemokratie“ betrachtet. Über dieses Wortpaar vgl. Janda 2005.

In den angloamerikanischen Ländern wird also der Rolle innerparteilicher Demokratie weder theoretisch noch empirisch genug Beachtung geschenkt. Entsprechende Fachliteratur, die sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt, ist nur ungenügend vorhanden. Denn es scheint wahrscheinlich zu riskant zu sein, das klassische Erbe der Avantgardewerke von Michels und Ostrogorski herauszufordern (Ware 1979: 1). Ein tieferer Grund liegt darin, dass innerparteiliche Demokratie in jenen Ländern, in denen das positivistische Paradigma dominant ist, für nicht relevant gehalten wird, weil diese keine vergleichbare verfassungsrechtliche Position wie in der Bundesrepublik Deutschland innehat. Nicht zuletzt lässt sich innerparteiliche Demokratie wegen der Vielzahl an Demokratiedefinitionen oft stark normativ begründen (Sartori 1976: 71, Pfetsch 1989: xxxvi), was die Operationalisierbarkeit der möglichen Forschung erschwert.

Im Kontrast dazu gehört innerparteiliche Demokratie seit der Gründung der Bundesrepublik zu den „beliebten Topoi“ in den deutschen politikwissenschaftlichen und juristischen Forschungen (Allemann 1972: 181), die auf die normativen Reflexionen über die Katastrophe des Totalitarismus zurückgehen (Arendt 1951, Friedrich & Brzezinski 1956). Die NSDAP wird dabei als Prototyp der faschistischen Führerpartei gegen jede Mitbestimmung von unten gesehen. Und „nur ein demokratischer innerer Aufbau der Parteien kann verhindern, dass die Parteien zu politischen Söldnertruppen einzelner ehrgeiziger Führer werden; nur innerparteiliche Demokratie kann gewährleisten, dass die Parteien die für die Gesellschaft relevanten Probleme aufgreifen“ (Zeuner 1969: 8). Daraufhin dient die konstitutionelle Verankerung der deutschen Parteien im Grundgesetz dazu, die Wiederbelebung des Totalitarismus zu verhindern und eine demokratische Ordnung des staatlichen und des parteiinternen Lebens zu sichern. Der Wortlaut des Grundgesetzes „Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen“ (GG. Art. 21 Abs. 1 S. 3) sowie das Parteiengesetzes aus dem Jahr 1967 haben deutsche Politikwissenschaftler und Rechtswissenschaftler veranlasst, sich in der „Hochphase“ der 1960er und 1970er Jahre, sowohl theoretisch als auch empirisch mit innerparteilicher Demokratie zu beschäftigen. Aber das beobachtete Objekt dieser Literatur beschränkt sich grundsätzlich auf den deutschen Parteienstaat, der durch die maßgeblichen staatlichen Interventionen (Grundgesetz, Parteiengesetz und Urteile des Bundesverfassungsgerichtes) gekennzeichnet wird. Es handelt sich meistens entweder um konzeptionell-analytische (Abendroth 1964, Naschold 1969), strukturell-funktionalistische Darstellungen deutscher Parteien, die die hierarchischen Parteiorganisationsstrukturen in den Fokus stellen (Lohmar 1963, Müller 1967, See 1972), oder um juristische bzw. politikwissenschaftliche Auseinandersetzungen, die auf der Grundlage des Grundgesetzes, des Parteiengesetzes (Allemann 1972, Wolfrum 1974, Trautmann 1975, Tsatsos und Morlok 1982) und der Parteisatzungen (Heinz 1987) geführt werden. Ein

anderer Ansatz fokussiert auf die innerparteiliche Opposition und Gruppenbildung mit mehr oder weniger theoretischen Bezügen auf innerparteiliche Demokratie (Müller-Rommel 1982, Raschke 1977). Darunter gehen einige Fallstudien auf die Mitgliederpartizipation und Gruppenbildungen auf der Landesebene der Parteien wie in der Hamburger CDU (Preuße 1981), der Berliner SPD (Raschke 1974), der Hamburger SPD (Pumm 1977), oder der SPD-Bezirk Pfalz (Niedermeyer 1989) ein. Aber seit den 1980er Jahren sind diese deutschlandspezifischen Diskussionen über innerparteiliche Demokratie aus dem Blickfeld der Politikwissenschaftler geraten.

Dieser Bruch der deutschen Forschungstradition und die Forschungslücke im englischsprachigen Raum gehen generell auf die Vernachlässigung der empirischen Parteienorganisationsforschungen zurück. Mair (1994:1-3) weist darauf hin, dass es die Wahrnehmung der Untergangstendenz der Massenparteien sei, die die empirischen Forschungen über die Parteiorganisationen gedemütigt habe. Es scheint den Politikwissenschaftlern nützlicher, sich Mühe bei der Erforschung der „*emerging alternative organisations*“ wie soziale Bewegungen und NGOs zu widmen, weil sie zunehmend als neues lebendiges Bindeglied zwischen Bürgern und dem Staat angesehen werden (Lawson & Merkl 1988). Oft ist der Leitgedanke im Wertesystem der Individuen, die sich in den neuen Sozialbewegungen organisieren, ein Misstrauen gegenüber den traditionellen Formen der bürokratischen Parteiorganisation (Dalton & Kuechler 1990). Auf der anderen Seite werden politische Parteien auch durch die Erosion ihrer organisatorischen Bindungsfunktion dazu gezwungen, Zuflucht unter dem schützenden Dach des Staates zu suchen. Mit der allmählichen „*Etatisierung des Parteiwesens*“ (Beyme 1999) rücken politische Parteien immer weiter weg von der Institution der Gesellschaft weg zur Institution des Staates (Mair 1994, Biezen 2011) und letztlich zu den Kartellparteien, die als hoch institutionalisiertes Establishment die öffentliche Macht monopolisieren (Katz und Mair 1995). Sie sind damit weniger sensibel für die Präferenzen der Wähler und deren Wandlung. Das wiederum stärkt die Parteienverdrossenheit der „*mediatisierten*“ Bürger<sup>4</sup>, die mehr Autonomie gegenüber fester Parteiidentifikation fordern und sich von der klassischen Elitestruktur der massenorganisatorischen Mitgliederpartei distanzieren (Mazzoleni und Schulz 1999). Demzufolge nimmt die Bedeutung der Mitgliedschaft so-

---

4 Es herrscht in der Medien- und Kommunikationswissenschaft keine Einigkeit über einen uniformen Gebrauch der Begrifflichkeiten Mediatisierung (*mediatization*) bzw. Medialisierung (*medialization*). Oft werden sie als synonym verwendet. Mit diesen Begrifflichkeiten wird die Entwicklung der modernen Gesellschaft so beschrieben, dass die Medien ins Zentrum des sozialen Prozesses rücken, die Institutionen bzw. das gesellschaftliche Ganze prägen und sie von den Massenmedien abhängig machen. Vgl. Blumler und Kavanagh 1999, Mazzoleni und Schulz 1999 sowie Sarcinelli 2002, 2011.



wohl für die Parteien als auch für die Bürger ab. Schon in den 1950er Jahren wies McKenzie (1963: 591) darauf hin, dass Kommunikationen mit Hilfe von Massenmedien das Bedürfnis der Parteien nach großer Mitgliederschaft ausgehöhlt hatte. Ähnlich sah Epstein (1980: 233), als er schrieb, „*that certain new political techniques tend to substitute for large-scale membership organizations*“. Panebianco (1988: 273) behauptet ebenfalls, dass sich die gegenwärtigen Parteien mit einem allgemeinen Wandlungstendenz „*from total participation of integration (mass bureaucratic) party to the limited participation of the electoral-professional party*“ konfrontieren. Vor diesem Hintergrund versuchen nicht wenige Parteienforscher einerseits hinsichtlich der sinkenden Mitgliederzahlen der westlichen Parteien (Mair und Biezen 2001) und andererseits hinsichtlich ihrer Verstaatlichung und Professionalisierung zu prognostizieren, ob die Zeit der Mitgliederparteien zu Ende geht (Dalton und Wattenberg 2000, Wiesendahl 2006). An dieser Stelle erhebt sich auch dann eine Frage, die für dieses Buch von kritischer Bedeutung ist: Welchen Stellenwert hätte das Thema innerparteiliche Demokratie noch, wenn die Parteien heute nicht mehr notwendigerweise als Mitgliederorganisationen funktionieren würden?

Die unmittelbare Rechtfertigung für innerparteiliche Demokratie stützt sich genau auf der Kritik dieser Untergangsthese. Entgegen den Untergangsszenarien der Mitgliederparteien beharren Seyd und Whiteley (1992: 175) darauf, dass diese pessimistische Sichtweise daher so rasch gewachsen sei, weil zu wenig Forschungsarbeiten die Rolle der kommunalen Parteimitglieder in den Wahlkämpfen hinreichend berücksichtigt hätten. Es sei nicht zu unterschätzen, dass die kommunalen „*Grass-roots parties*“ unverändert Mandatsträger zur Verfügung stellen, Wahlkämpfe organisieren und nicht zuletzt die Rolle als „Meinungsträger“ der Parteien in den kommunalen Öffentlichkeiten spielen (Seyd und Whiteley 1992: 220). Aufgrund ihrer empirischen Untersuchungen der beiden britischen großen Parteien, *Conservative* und *Labour*, kommen Seyd und Whiteley zu dem Befund, dass eine Partei in der Tat jeden Anreiz habe, um für eine aktive „*grass-roots membership*“ zu werben, da sie ohne solche robuste Mitgliederschaft dann als nicht bedeutende „*electoral force*“ von dem nationalen Wettbewerb ausgeschlossen würde (Seyd und Whiteley 1992: 175). Ihre These, die sich nur auf Großbritannien bezieht, wird flankiert durch die hervorragende vergleichende Studie von Scarrow (1996) über die großen Parteien in Deutschland und Großbritannien. Ihre Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Parteimitglieder oder der Parteiaktivismus eine unersetzbare Rolle bei der Wahlmobilisierung spielt und die Wahlergebnisse determinieren. Die Funktionen der Parteiaktivisten werden durch die Mediatisierung der Wahlkämpfe der Parteien nicht geschwächt, da sie nicht reine Wählervereine sind sondern noch weitere gesellschaftliche und politische Funktionen ausüben. Biehl (2004: 248) und Wiesen-



dahl (2006: 173) kommen ebenfalls zu einem ähnlichen Schluss, nämlich dass die Parteien offenkundig mit ihren Aktionen das Ziel verfolgen, sich als Mitgliederparteien zu erneuern. In einer Analyse zu den gegenwärtigen Parteien in den Niederlanden verdeutlicht Koole (1994: 298-299) klar, dass die Dominanz der professionellen *Leadership* an die hochgradige Verantwortlichkeit für die Parteibasis gebunden ist. Er kennzeichnet die gegenwärtigen Parteien als moderne Kaderparteien, die sich durch ihre „*strong emphasis on (formal) internal democracy*“ von den älteren Kaderorganisationen, Allerwelts- oder Wählerparteien unterscheiden lassen. Scarrow (1999) weist wiederum auf die Tatsache hin, dass sich in den 1980er und 1990er Jahren zu Reformwellen einer innerparteilichen Demokratisierung in Großbritannien und Deutschland gekommen ist.

Das Thema innerparteilicher Demokratie bleibt deshalb weiter auf der Tagesordnung der politischen Systeme mit organisierten parlamentarischen Parteien (Pfetsch 1989: XXXVII), wie stark auch immer die heutigen politischen Parteien „*stratarchical*“ (Mair 1994), „*federalized*“ (Koole 1996) oder gar in Richtung „*parties without partisans*“ (Dalton und Wattenberg 2000) entwickelt haben. In der Tat befinden sich die gegenwärtigen Parteien in einer viel komplizierteren Konstellation als früher. Einerseits gewinnen die Führungseliten mehr Autonomie und erwarten noch mehr, um effektiver auf einem zunehmenden flüchtigen Wahlmarkt mit anderen politischen „Anbietern“ zu konkurrieren (Wattenberg 2000). Andererseits sehen sich alle Parteien und vor allem die hoch organisierten Volksparteien mit den zunehmenden internen bzw. externen Aufforderungen nach der Ausbreitung der Partizipationsrechte der Parteibasis konfrontiert. Diese Rechte hängen nicht von der Fluktuation ihrer gesamten Mitgliedschaft ab (Scarrow, Webb und Farrell 2000: 133). Sondern die Parteien werden durch das Abnehmen der Mitgliederzahl und die Aushöhlung des öffentlichen Vertrauens gezwungen, den Basismitgliedern mehr Mitwirkungsmacht bei den innerparteilichen Entscheidungsfindungen als Partizipationsprämien anzubieten, und der Öffentlichkeit durch ein offenes und demokratisches Image zu präsentieren (Cross und Blais 2012: 128). Vor diesem Hintergrund ist die Forschungsfrage innerparteilicher Demokratie bei weitem nicht entwertet. Vielmehr spielt sie für die künftige Entwicklung der sich verkleinernden professionalisierten Parteiorganisationen mit partizipationsbedürftigen Mitgliedern eine entscheidende Rolle.

### 1.3 Fragestellung und Begriffserklärung

In Anbetracht der lückenhaften Parteiforschung zur Parteiführerauswahl hinsichtlich innerparteilicher Demokratie rückt die Kernfrage dieses Buches in den Vordergrund: *Inwieweit haben sich die politischen Parteien im Bereich der Partei-*

*führerauswahl demokratisiert? Und, unter welchen Bedingungen haben sie sich demokratisiert?* Die erste Frage bezieht sich auf die Demokratisierungsperformanz der jeweiligen Parteien, die an einem allgemeinen Evaluationsstandard gemessen wird. Letztere Frage fokussiert den Demokratisierungsprozess, in dem bestimmte Mechanismen unter bestimmten Faktoren in Gang gebracht werden.

Um die Demokratisierungsperformanz politischer Parteien zu evaluieren, sind vor allem zwei Begriffe zu klären: Was ist innerparteiliche Demokratie? Und was ist innerparteiliche Demokratisierung? Es ist unverkennbar eine schwierige Aufgabe, beide Begriffe klar zu definieren. Denn zum einen gibt es in der Politikwissenschaft zwar kein einheitliches Verständnis von den Details, um Demokratie zu definieren und zu messen (Schmidt 2008b: 25). Verfügbar sind aber einige Elemente, die von allen Ansätzen der Demokratieforschungen als grundlegende Bausteine der Demokratie betrachtet werden. Dahl (1971: 3) schlägt beispielsweise acht Kriterien vor, um Demokratie zu messen: (1) Das Recht zu wählen; (2) das Recht gewählt zu werden; (3) das Recht der politischen *Leaders*, um Unterstützungen und Wahlstimmen zu ringen; (4) freie und gerechte Wahl; (5) Vereinigungsfreiheit; (6) Meinungsäußerungsfreiheit; (7) alternative Informationsquellen; (8) Institutionen, die die Regierungspolitik von Wahlstimmen und anderen Präferenzäußerungen abhängig machen. Diese achte Kriterien werden von Dahl nach zwei Dimensionen geordnet: Öffentlicher Wettbewerb und Partizipation. Perfekte Demokratie, die allen Betroffenen perfekt inklusiv zur Partizipation und perfekt offen zu öffentlichem Wettbewerb ist, gibt es laut Dahl in der politischen Wirklichkeit nicht. Stattdessen befinden sich alle politischen Regime zumindest in einer von diesen zwei Dimensionen in einer unperfekten Position. Demokratisierung bedeutet in diesem Sinne die Erhöhung der Inklusivität und zugleich die Stärkung des Wettbewerbs in Richtung Polyarchie, die sich der idealen Demokratie annähert (Dahl 1971:4-8).

Dabei ergibt sich zum zweiten noch die Problematik, ob der Begriff „Demokratie“ auf die innerparteiliche Ebene problemlos übertragen werden kann. Dahl (1971: 12) selbst weist darauf hin, dass die Analyse der Polyarchie nur teilweise auf die Ebene politischer und gesellschaftlicher Organisationen angewendet werden könne. Betrachten wir noch einmal die acht Kriterien. Es ist eindeutig, dass die Rechte eines Parteimitgliedes nicht mit denen eines Staatsbürgers gleichgesetzt werden dürfen. Zum Beispiel stößt das fünfte Kriterium, die Vereinigungsfreiheit der freien Bürger, in der Realität an die Grenze, wo die Autonomie der innerparteilichen Gruppierungen dem grundsätzlichen Geschlossenheitsprinzip der Parteiorganisation als gesellschaftlicher Verein entgegenstehen kann. Außerdem handelt es sich bei innerparteilichen Wahlen bzw. Wettbewerbstätigkeiten kaum unmittelbar um öffentliche Führungspositionen, sondern um die Kandidatur eigener Parteien im öffentlichen Wettbewerb auf der Ebene der staatlichen

Die Demokratisierung der Parteiführerauswahl  
Parteien in Deutschland und Großbritannien im  
Vergleich

Ding, H.

2015, XVIII, 312 S. 33 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07513-2